

Zusammenfassung der Sitzungsergebnisse der Sitzung der Versammlung vom 06. September 2018

- Öffentliche Sitzung -

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.06.2018

Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 2 Bericht des Direktors

- Herr Fischer berichtet, dass Bürgern und Organisationen noch bis Ende September ermöglicht wird, Vorschläge zur Gestaltung des Medienstaatsvertrags einzureichen. Eine Stellungnahme der Landesmedienanstalten wird derzeit auf verschiedenen Ebenen erarbeitet: Über die Stellungnahme der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) soll am 17. September abschließend beraten werden. Parallel dazu haben die Gremiovorsitzenden ein Votum erarbeitet, das in die Stellungnahme der DLM einfließen soll, um am Ende eine einzige einheitliche Stellungnahme abgeben zu können. Die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) erarbeitet derzeit ebenfalls eine eigene Stellungnahme.

Der aktuelle Entwurf des Medienstaatsvertrags enthält neue Regelungen zur Zuständigkeit. Die zukünftige Zulassung neuer bundesweiter Programme kann laut dem Entwurf nicht mehr bei jeder beliebigen Landesmedienanstalt beantragt werden, sondern nur noch bei der Sitzlandanstalt. Bestehende Zulassungen und ihre Verlängerungen sollen davon jedoch nicht betroffen sein.

Ein weiterer Aspekt des Medienstaatsvertrags bezieht sich auf die Zuständigkeit für Telemedien. Diese Zuständigkeit ist derzeit auf Länderebene unterschiedlich geregelt und sollte mit der Einführung des Medienstaatsvertrags einheitlich auf die Landesmedienanstalten übertragen werden. In Niedersachsen ist derzeit das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) zuständig. Der Passus, der diese Zuständigkeitsveränderung normieren sollte, ist jedoch im aktuellen Entwurf nicht mehr vorhanden.

- Der Digitalisierungsbericht der Medienanstalten ist erstmals in Video und Audio aufgeteilt worden, um den Entwicklungen der jeweiligen Themen ausreichend

Raum zu geben. Herr Fischer berichtet über die Akzeptanz der gebührenpflichtigen HD-Sender der privaten Veranstalter. Während die Anzahl der deutschen Fernsehhaushalte, die generell HDTV empfangen (69%) steigt, verzeichnet die Zahl der Fernsehhaushalte, die die Privaten in HD empfangen (28%), kein Wachstum. Dabei werden die privaten HD-Programme von 15% der Satellitenhaushalte, von 53% der terrestrischen Haushalte (DVB-T2HD) und von 34% der Kabelhaushalte empfangen. Herr Fischer ist der Auffassung, dass die Privaten die Verschlüsselung ihrer HD-Programme auf den Prüfstand stellen sollten, falls dieser Markt weiterhin auf der Stelle tritt.

Frau Harries weist daraufhin, dass der Download-Link zu den Digitalisierungsberichten im Intranet zur Verfügung steht.

TOP 3 Änderung Jahresabschluss 2017

Die Versammlung stimmt der Änderung des Jahresabschlusses 2017 einstimmig zu.

TOP 4 1. Nachtragshaushalt 2018

Die Versammlung stimmt dem 1. Nachtragshaushalt 2018 einstimmig zu.

TOP 5 Information zur Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Frau Schlesener stellt der Versammlung ihre Ausarbeitungen zur Datenschutz-Grundverordnung vor.

TOP 6 Antrag der Funk- und Fernsehen Nordwestdeutschland GmbH & Co. KG (radio ffn) auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für eine Beteiligungsveränderung

Die Versammlung bestätigt die Beteiligungsveränderung bei der Funk- und Fernsehen Nordwestdeutschland GmbH & Co. KG (radio ffn) als rundfunkrechtlich unbedenklich.

TOP 7 Antrag der Radio Nienburg Mittelweser GmbH auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Wechsel des Geschäftsführers (nicht-öffentlich)

Die Versammlung bestätigt den Wechsel des Geschäftsführers bei der Radio Mittelweser GmbH als rundfunkrechtlich unbedenklich.

TOP 8 Antrag der NiedersachsenRock 21 GmbH & Co.KG (Radio 21) auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für eine Beteiligungsveränderung

Die Versammlung bestätigt die Beteiligungsveränderung bei der NiedersachsenRock 21 GmbH & Co.KG (Radio 21) als rundfunkrechtlich unbedenklich.

TOP 9 Änderung der bundesweiten Kostensatzung, Kostenverzeichnis

Die Versammlung stimmt der Änderung der bundesweiten Kostensatzung, Kostenverzeichnis einstimmig zu.